



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0866390

E/XII/95 - 25. April 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Verständnis und Geduld	S. 1
Zu Bulganins Brief an MacMillan	S. 4
Atomdebatte mit Spätzündung	S. 6
"Schutz vor Atombomben"	S. 7

Verständnis und Geduld

Von Wilhelm Mellics

stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Wer Auseinandersetzungen über die Organisation und Politik der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik verfolgt, ist oft versucht, über diese Diskussionen, die von Sachkenntnis wenig getrübt sind, zu lächeln. Leider sind mit dieser Art der Polemik ernste politische Gefahren für die demokratische Entwicklung verbunden. Dabei kann man sicher von jenen Unbelehrbaren absehen, die aus Böswilligkeit den einen oder anderen Satz zitieren, der ein Sozialist vor vielen Jahrzehnten einmal gesprochen hat und die dabei so tun, als wenn sich im Laufe der Jahrzehnte nichts in der Welt aber auch gar nichts bei der Sozialdemokratie geändert hätte. Dieser "Kampf" gegen die Sozialdemokratie ist sicher sehr bequem, weil man sich dabei nicht in geistige Unkosten zu stürzen braucht. Man kann diese Formulierungen bequem durch Jahrzehnte fortsetzen. Von einer ernsten geistigen und politischen Auseinandersetzung kann dabei allerdings nicht die Rede sein. Wer so verfährt - sogar Bundesminister soll man gelegentlich in der Gesellschaft finden - trägt wesentlich zu der so oft mit Recht beklagten Vergiftung und Verwilderung des Wahlkampfes bei.

Aber auch bei denen, die sich ehrlich um eine geistige Auseinandersetzung bemühen, muss man oft einen erschreckenden Mangel an Sachkenntnis feststellen. Weder das 1952 in Dortmund beschlossene und auf dem Berliner Parteitag 1954 erweiterte Aktionsprogramm wird beachtet, noch kennt man die Beschlüsse der letzten Parteitage der Sozialdemokratie. Von den Verhältnissen in der Organisation geistern geradezu märchenhafte Vorstellungen bei Menschen, die es bei einigem guten Willen besser wissen könnten. Gewiss, wer nicht unmittelbar in der Organisation steht oder wirkt, wird manche Vorgänge deshalb nicht ganz richtig erfassen oder beurteilen können, weil er nicht die Möglichkeit hat,

die, wie überall im Leben, so auch in jeder Organisation vorhandenen Imponderabilien zu verwerten und zu berücksichtigen. Insoweit wollen wir gerecht sein. Trotzdem bleibt ein solch grosser Rest von Unverständnis, dass man darüber immer wieder erschrecken muss.

Man kreidet z.B. der Sozialdemokratie immer wieder ihre Geschlossenheit in den politischen Fragen an, und wenn man dann noch auf den angeblich immer geübten Fraktionszwang kommt, ist man bei dem Punkt angelangt, bei dem sich sittliche Entrüstung besonders gut macht. Dabei kann der aufmerksame Beobachter bald feststellen, dass Fraktions- und Koalitionszwang bei den Regierungsparteien im Laufe der letzten acht Jahre immer stärker geworden sind, während bei der Sozialdemokratie die Fälle noch an den fünf Fingern einer Hand abzuzählen sind, bei denen in diesen acht Jahren "Fraktionszwang" beschlossen wurde.

Gibt es aber bei der SPD einmal verschiedene Meinungen und werden diese - wie das doch bei einer demokratischen Partei selbstverständlich ist - auch einmal in der Öffentlichkeit ausgesprochen, so gibt es entweder ein Frohlocken darüber, dass eine "Opposition" gegen den Parteivorstand vorhanden sei oder man spricht von den einzelnen "Flügeln", die sich in der Partei zeigen und orakelt darüber, wann dieser "linke Flügel" - von dem man andeutet, dass er kommunistisch sei - wohl den Parteivorstand überrennen werde. Wenn man diese Kassandraperfekte dann einmal nach den Parteimitgliedern fragt, die wohl zu diesem "linken Flügel" gehören, werden ein oder zwei Namen genannt, beim dritten gibt es schon ein Stocken, und wenn man fragt, ob die genannten Persönlichkeiten wohl in allen Fragen eine so einheitliche Auffassung hätten, dass sie einen linken oder rechten "Flügel" bilden könnten, muss selbst der Gefragte lächeln. Wenn man z.B. doch nur einmal die Tatsache zur Kenntnis nehmen wollte, dass auf dem Münchener Parteitag 1956 kein Vorschlag des Parteivorstandes oder des Parteiausschusses abgelehnt wurde, würden solche Spekulationen über bestimmte "Flügel" oder Richtungen innerhalb der Partei bald aufhören. Die Meinungsverschiedenheiten, die es über einzelne Fragen gibt, werden offen ausdiskutiert, aber es sind keineswegs immer dieselben Mitglieder der Partei, die bei Einzelfragen andere Auffassungen vertraten als die leitenden Parteikörperschaften; erst recht ist es nicht ein bestimmter "Flügel".

Besonders bedauerlich ist es, wenn die nicht von grosser Sachkenntnis zeugenden Ausführungen über die SPD auch von Stellen ausgehen, denen an einem guten Verhältnis zu allen demokratischen Parteien gelegen sein muss, ebenso wie die Parteien an einem solchen guten Verhältnis das grösste Interesse haben. Ich meine damit die Kirchen und die kirchlichen Organisationen. Leider ist in der Vergangenheit das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirchen von beiden Seiten nicht gut, ja oft ausgesprochen schlecht gewesen. Über diese Dinge ist viel gesprochen und geschrieben worden. Beide Seiten haben sich der Schuld daran geziehen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, darauf weiter einzugehen. Es ist auch wenig sinnvoll, aus dieser trüben

Periode gegenseitige Aufrechnungen zu machen. Gefehlt wurde auf beiden Seiten. Mit Genugtuung kann man aber heute feststellen, dass auf beiden Seiten die Spitzen sich bemühen, zu guten Beziehungen zu kommen. Spannungen zwischen den demokratischen Parteien, die praktisch jeden Tag zu Trägern der Regierungsverantwortung werden können, und den Kirchen sind staatspolitisch und kirchenpolitisch unerwünscht.

Ohne Zweifel ist bei den Bemühungen von beiden Seiten ein gewisser Erfolg zu verzeichnen gewesen, wenn sicher auch alle Wünsche - wieder von beiden Seiten - noch nicht erfüllt sind. Besondere Störungen ergeben sich immer wieder aus der Tatsache, dass auf der örtlichen Ebene das gegenseitige Verständnis noch viel zu wünschen übrig lässt. Es gibt in der SPD und es gibt bei den Kirchen noch Persönlichkeiten - und sie sind oft sehr Streitbar - bei denen Sentiments und "essentiments" aus der Vergangenheit immer noch die Grundlage für ihr Urteil sind.

Vorurteile und vorgefasste Meinungen sind nicht von heute auf morgen auszuräumen. Sie sind auch nicht durch "Anordnungen" oder "Anweisungen" zu beseitigen. Ihr Verschwinden ist oft ein Generationsproblem.

Es wird auf beiden Seiten Aufgabe der Leitungen auf der Bundesebene sein, in den Bemühungen nicht nachzulassen, sondern sie zu verstärken. Bei der Sozialdemokratischen Partei ist dieser gute Wille vorhanden, weil wir wissen, dass nur die antidemokratischen Kräfte auf die Dauer Vorteil aus dem Anhalten der Spannungen ziehen könnten.

Aber auch die Kirchen müssen wissen, dass sie die Gläubigen in grösste Gewissenskonflikte bringen, wenn diese den Eindruck haben müssen, dass die Kirchen sich einer demokratischen Partei mehr verbunden wissen als einer anderen. Schon schlimm genug, dass man sich nicht gescheut hat, das Wort christlich mit in den Namen einer Partei aufzunehmen. Demokratische Ordnung bedingt auch für den Christen die Entscheidungsmöglichkeit zwischen konservativen und fortschrittlichen politischen Kräften. Wehe der Demokratie, aber auch wehe den Kirchen, wenn diese Entscheidungsmöglichkeit nicht mehr gegeben ist.

Es ist sicher nicht leicht, die Gegnerschaft, das Misstrauen, die Spannungen der Vergangenheit zu beseitigen. Aber wir werden es schaffen, wenn wir gegenseitig die Tugenden bei dieser Aufgabe aufbringen, die bei allen grossen Lösungen erforderlich sind. Verständnis und Geduld.

Militärisch verdünnte Zone ?

G.M. Der Brief Bulganins an den britischen Premierminister Mac Millan hat in der ganzen Welt erneut die Diskussion über die politischen Absichten der russischen Regierung ausgelöst. In England selbst beurteilt der grösste Teil der führenden Presse den Brief Bulganins als einen ernsthaften diplomatischen Schritt, der unter Umständen zur Einberufung einer neuen Vierer-Konferenz auf höchster Ebene führen könnte. Allgemein wird angenommen, dass im Mittelpunkt einer solchen Vierer-Konferenz - wenn sie zustandekommt - das Problem der entmilitarisierten oder militärisch verdünnten Zone in Europa stehen könnte.

Aber schon hier beginnen die Meinungsverschiedenheiten darüber, was man unter diesem Begriff versteht. Generell wird von der Wiederbelebung der Erörterungen um den sogenannten Eden-Plan vom Jahre 1955 gesprochen. Dieser Eden-Plan, der während der Genfer Konferenz der Regierungschefs im Sommer 1955 auftauchte und dann später kurz vor der Herbsttagung der Aussenminister in Genf in veränderter Form wieder zur Debatte gestellt wurde, ist damals - das kann wohl heute ohne wesentliche Einschränkung gesagt werden - deswegen nicht zum Zuge gekommen und nicht weiter diskutiert worden, weil man sich nicht darüber einigen konnte, wo die Achse der entmilitarisierten Zone in Europa liegen sollte. Zeitweise war von der jetzigen Oder-Weisse-Linie die Rede, dann wieder von der jetzigen Zonengrenze, die die beiden Teile Deutschlands voneinander trennt. Aus den Protokollen der letzten Genfer Aussenministerkonferenz vom Herbst 1955 geht hervor, dass an dieser unstrittenen Frage die Konferenz scheiterte.

Wenn jetzt die Problematik der militärisch verdünnten Zone in Europa erneut zur Diskussion gestellt wird, ist zunächst einmal zu beachten, dass sich die strategischen Planungen sowohl im Westen wie auch im Osten seit 1955 entscheidend verändert haben. Damals sprach man von Divisionen, deren Anzahl verringert werden sollte; heute geht es in erster Linie um die Abschussbasen der Atomartillerie und der ferngesteuerten Raketenwaffen. Insofern würde ein Übereinkommen zwischen Ost und West über eine militärisch verdünnte Zone in Europa noch unmittelbarer das Deutschland-Problem berühren als damals in der Vorbereitungszeit zur Genfer Gipfelkonferenz oder zur Aussenministerkonferenz im Herbst 1955. Die Rolle, die einer deutschen Bundesregierung bei der jetzt möglicherweise wieder beginnenden Diskussion über diese militärisch verdünnte Zone zufällt, wäre daher wesentlich gewichtiger als damals. Ein von deutscher Seite ausgesprochener freiwilliger Verzicht

auf die Einrichtung von atomaren Abschussbasen und ein Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr könnte ein erster Schritt zur Entspannung zwischen den Grossmächten und zur Befruchtung der Diskussion über die Wiedervereinigung Deutschlands sein.

Dass jede deutsche Initiative zur Entspannung zwischen Ost und West von der Grundidee ausgehen muss, auch die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden zu fördern, dürfte wohl eine Selbstverständlichkeit sein. So lange sich die jetzige Bundesregierung jedoch damit begnügt, veraltete NATO-Konzeptionen nachzubeteten und darauf verzichtet, die in die Sackgasse geratene militärische Blockpolitik durch eigene, neue Vorschläge zur Überwindung der Spaltung Deutschlands aufzulockern, wird nichts Entscheidendes geschehen. Dass man in Bonn weiterhin auf der Stelle zu treten gedenkt, scheint auch die sehr gemässigte Londoner "Times" zu ahnen, die gestern die Meinung äussert, dass sich zwar die Entwicklung in der Richtung auf eine entmilitarisierte Zone langsam bewege, dass es aber kaum möglich zu sein scheint, vor den deutschen Wahlen einen konkreten Plan zu entwickeln. Damit dürfte wohl deutlich gemacht worden sein, dass die konservative Regierung in England und die amerikanische Regierung im Einvernehmen mit Adenauer nichts zu tun gedenken, was auch nur in etwa die Position des Bundeskanzlers berühren könnte.

Deshalb scheint man auch in Bonn entschlossen zu sein, die am 2. Mai beginnende Tagung der NATO-Minister zu einer Demonstration für die "Unabänderlichkeit" der NATO-Politik gestalten zu wollen. Auch die ständigen Versuche des offiziellen Bonn, den Gewissensappell der 18 deutschen Atomforscher zu bagatellisieren, lassen vermuten, dass die jetzige Bundesregierung glaubt, sie könne ihre bisherige Politik - auch die Aufrüstungspolitik - mindestens bis zu den Wahlen unverändert fortsetzen.

Möglich ist aber auch, dass diese Regierung wieder einmal, wie schon so oft, die Dinge treiben lässt. Sie hat das im vergangenen Jahre getan, als Bulganin den Vorschlag zur Verringerung der Truppenstärken im europäischen Raum machte. Damals sagte Adenauer sofort "Nein", liess also die Chance aus, in ein Gespräch über die militärische Entspannung zu kommen, während einige Monate später dann die Engländer - ohne damit eine politische Entspannungsoffensive einzuleiten - von sich aus die Verringerung ihrer Truppenstärke vornahmen. Der Mangel an Beweglichkeit der jetzigen Bundesregierung und ihr ständiger Verzicht, auf neue Gelegenheiten in der Weltpolitik einzugehen, drängt das deutsche Volk immer mehr in die Rolle des Statisten in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Ost und West.

Provinzielle Spiegelfechtere

sp - Was immer auch der Erklärung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Abgeordneten Dr. Krone vorausgegangen sein mag - um die Tatsache, dass der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Abgeordnete Rasner auch im Namen Krones dem Parlamentarischen Sekretär der SPD-Fraktion, Dr. Kenzel, telefonisch die prinzipielle Zustimmung zur Abhaltung der Atomdebatte am 3. Mai gab, kommt die CDU einfach nicht herum -, diese Erklärung Dr. Krones spricht Bände. Die Sache ist doch ganz simpel: Die CDU möchte von ihrer Zusage an Dr. Kenzel wieder herunter, und daher suchte Dr. Krone krampfhaft nach "Argumenten", mit denen er und seine Partei der SPD und der Bevölkerung plausibel machen möchte, warum die Adenauerpartei jetzt auf einmal für eine Verschiebung der Atomdebatte ist.

"Argument" Nr. 1 des Herrn Krone ist der Strassburger Europarat. Dazu ist zu sagen, dass man in Strassburg vollstes Verständnis dafür haben würde, wenn der Bonner Bundestag an diesem 3. Mai nur durch ganz wenige Abgeordnete vertreten wäre. Man würde in Strassburg zweifellos einsehen, dass die Bonner Atomdebatte ungleich wichtiger ist als ein Tag Europarats-Beratungen. "Argument" Nr. 2 des Herrn Krone ist die NATO-Ratstagung in Bonn, die am 2. Mai beginnt und bis zum 4. Mai dauern soll. Dazu ist zu sagen, dass die Minister der anderen NATO-Staaten mindestens ebensoviel Verständnis wie die Herren vom Strassburger Europarat haben würden, wenn die Minister Brentano und Strauss während der Stunden der Atomdebatte im Bundeshaus weilen würden. Herr Dr. von Brentano ist in der Zeit seiner Aussenministertätigkeit so oft und bei durchaus gleich wichtigen Angelegenheiten von seinem Staatssekretär Prof. Hallstein vertreten worden, dass dieser Brauch auch am 3. Mai durchaus beibehalten werden könnte. Und auch Herr Strauss ist für einige Stunden bei den NATO-Beratungen zu vertreten oder zu ersetzen. Das Verteidigungsressort der Bundesrepublik ist nicht zusammengebrochen, als der Minister wochenlang im Ausland weilte.

Schliesslich, und das sollte man weder bei der CDU noch in der Regierung vergessen, haben in Paris und London schon öfters NATO-Ministersitzungen stattgefunden, und weder in Paris noch in London wäre die Regierung auf die Idee gekommen, der Nationalversammlung oder dem Unterhaus mitzuteilen, dass der oder jener Minister während der Dauer der NATO-Sitzung für eine wichtige Sitzung im Parlament nicht verfügbar wäre. Dieser Einfall ist so typisch provinziell, dass er eigentlich auch für Bonn unerträglich ist. Da aber Herr Dr. Krone aus Berlin kommt, bleibt nur eine einzige Erklärung für die so durchsichtige und billige Verschiebungs-Taktik von CDU und Regierung:

Man hat einfach Angst davor, dass die NATO-Minister sozusagen aus erster Hand miterleben könnten, wie schlecht die Position der Bundesregierung und der Adenauerpartei in der Frage der Atomrüstung und wie schwach der Rückhalt ist, den die Atomrüstungspolitik Adenauers in der Bevölkerung der Bundesrepublik hat. Das ist der wahre Grund des Wunsches der CDU und der Regierung nach Verschiebung der Atomdebatte bis nach der NATO-Ratstagung. Es ist nur das Pech der Regierung, dass jeder Zeitungsleser und Rundfunkhörer so klar erkannt hat, wo Herrn Adenauer der Schuh drückt.

+ + +

"Schutz vor Atombomben"

G.E. Nach Pressemeldungen, die unter dem Titel "Schutz vor Atombomben möglich" sich mit der Abschwächung der Göttinger Erklärung beschäftigten, hat der Zerstörungsbereich der heutigen Atombomben nach den amtlichen Angaben folgenden Radius:

Bei einer Hiroshima-Bombe 0,8 km,
bei einer starken Atombombe 2,3 km
und bei einer Wasserstoffbombe 5 km

Das klingt recht harmlos. Nach dem Bericht der Provinzialbehörden von Hiroshima vom 25. August 1945 gab es in der Stadt:

46 185 Tote,
17 429 Vermisste,
19 691 Schwerverletzte

Bis zum Februar 1946 erhöhten sich die Verluste nach dem zweiten Bericht der gleichen Behörde auf

78 150 Tote, von denen nur etwa 4 000 von der Gruppe
der Vermissten kamen.

Von 75 000 Häusern in Hiroshima sind

55 000 niedergebrannt,
12 600 zerstört,
6 820 von der Druckwelle demoliert worden.

Nach dem Test der H-Bombe vom 1. März 1954 in Bikini wurde festgestellt: Eine 20 Megatonnen-Explosion würde alle normalen Gebäude auf einer Fläche von rd. 110 qkm vollständig zerstören (pulverisiert). Mit schweren Schäden würden 520 qkm bedeckt und die Zone des Teilschadens würde sich auf mehr als 30 000 qkm erstrecken.

Die Radioaktivität ist bei diesen Werten noch nicht berücksichtigt. H. Hart hat 1954 ausgerechnet, dass eine einzige 20-Megatonnen-Bombe, würde sie über New York abgeworfen, 7 500 000 Menschen töten würde. Der Vorsitzende der amerikanischen Atomkommission, Lewis Strauss, gab damals in einem Interview zu, dass eine solche Bombe ganz New York zerstören würde.

Die Luftschutzexperten im Bundesinnenministerium kommen in einem

vertraulichen Bericht zu dem Schlusse, dass bei einer solchen Explosion, auf Köln übertragen, ohne wirksamen Schutz von 600 000 Einwohnern etwa 267 000 Tote zu beklagen seien. 260 000 würden in einem weitergehenden Raum verletzt werden.

Eine Studienkommission der Labour-Party stellte fest, dass eine Wasserstoffbombe noch auf 20 km Entfernung einen im Freien stehenden Menschen tödlich verbrenne. Noch auf 32 km erleide er erhebliche Verbrennungen; bis zu 25 km gebe es keine intakte Wohnungseinrichtung mehr.

Nach einem dem Verteidigungsausschuss erstatteten Gutachten von medizinischen Sachverständigen erfordert im Konfliktfall die Versorgung von 50 000 Verletzten innerhalb 24 Stunden 2 000 Ärzte. Man rechnet beim Atomkrieg mit etwa 25 % schwerer Verbrennungen.

Das Mitglied des US-Kongressausschusses für Atomenergie, Zandt, bezifferte die Rohstoffe der USA als ausreichend für 35 000 Atomwaffen. Die Sowjets hätten Material für etwa 10 000 Atomwaffen.

Nach der Göttinger Erklärung der Atomforscher kann heute eine Wasserstoffbombe ein Gebiet von der Grösse des Ruhrgebietes zeitweilig unbehörbar machen.

In einer Zerstörungsfläche bis zu 750 qkm finden Platz die Stadtgebiete: Essen, Mühlheim, Oberhausen, Gelsenkirchen, Bottrop, Bochum, Gladbeck, Castrop-Rauxel, Kerne, Wanne-Eickel, Wattenscheidt.

Die Bombe vom 1. März 1954 hätte dieses Gebiet zerstört. Die amtlichen Angaben beziehen sich auf den eigentlichen Explosionskern. Druck und Hitzequelle sind weitaus grösser; von der Radioaktivität gar nicht zu sprechen. Nach Meinungen von Experten liegt die sowjetische "Zerstörungskapazität" heute bei rund 180 000 qkm. Das ist 30 mal mehr, als die lebenswichtigen Ziele der USA in ihrer Gesamtfläche.

Es ist gerade jetzt notwendig, sich diese Zahlen immer vor Augen zu halten. Überall versuchen in der Welt die amtlichen Stellen ihrer Bevölkerung diese Tatsachen zu verschleiern. Das versuchte 1954 schon Herr Adalbert Weinstein, als er in einem Verharmlosungsartikel den Schweizer Oberstkorpskommandant Samuel Genard zitierte, der der Meinung war, dass vor allen den Japanern an einer übertriebenen Darstellung der Atombombe lag, weil sie ihre Kapitulation damit rechtfertigen wollten. Und Herr Zehrer schrieb zur gleichen Zeit: "Es (Kriege) sind Geschichtskatastrophen, die über den Menschen kommen, wie früher Naturkatastrophen oder der Schwarze Tod". Nun, Weinstein und Zehrer scheinen bekehrt.

Antliche Stellen hinken meistens hinter ihrer Zeit her. Das kann heute tödliche Folgen haben.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel